

Aufräumen unter den SED-Beamten

Aber nur die kleinen werden in die Wüste geschickt

Das bisher größte Funktionärssterben im sowjetzonalen Staats- und Verwaltungsapparat beginnt. Tausende mittlerer Regierungsfunktionäre werden nach einer Weisung des SED-Zentralkomitees aus ihren Stellungen entfernt, um den Staatshaushalt zu entlasten, die anomale Staatsbürokratie zu mindern und als Kader in die Produktion zu gehen. Eine direkte Verfügung besagt, daß keiner der Betroffenen von einer anderen Behörde eingestellt werden darf. Verschiedene Hauptabteilungen, unter anderem ein ganzes Ministerium sowie auch die „Staatliche Plankommission“, werden aufgelöst, andere zusammengelegt und in ihrem Personalbestand reduziert. Die SED-Zeitungen feiern dies als einen Schritt auf dem Wege zur sogenannten „Demokratisierung“. Was aber steckt wirklich dahinter?

Wir müssen davon ausgehen, daß die SED-Regierung heute einen weitaus größeren Beamtenapparat unterhält als beispielsweise die Bundesregierung für die weitaus größere Bundesrepublik. Eine Vielzahl von Ministerien kompliziert das Verwaltungswesen und läßt den unteren Staatsorganen keine Möglichkeit, eigene Initiative zu entfalten.

Die Satire auf das notgeschlachtete Schwein, das vier Wochen aufgebahrt werden muß, bis das Ostberliner Ministerium die Genehmigung einer Überführung zum Abdecker gibt, ist hier bittere Realität. Ein ungläubiger Verwaltungsunfug geht in der Zone über die Bühne, Korruption und Unfähigkeit sind in seinem Gefolge.

Gefälschte Stellenpläne

Dazu kommt, daß die meisten Ministerien heute nach völlig anderen Stellenplänen als bei ihrer Gründung arbeiten. Man hat es verstanden, die Stellenpläne dahingehend zu fälschen, daß man zwar nicht mehr Mitarbeiter einstellte, aber deren Gehaltsstufen laufend „verbesserte“. So kommt es, daß — wie Ulbricht jetzt selbst zugeben mußte — Hauptabteilungen mit fünf Abteilungsleitern und ganzen sieben Mitarbeitern existieren. Die Ministerien sind

zu Reservaten höchstdotierter SED-Beamten geworden, die längst kein echtes Tätigkeitsfeld mehr besitzen.

Weiter hat man es meisterhaft verstanden, ständig neue Hauptabteilungen und Unterabteilungen zu gründen. Wenn es einen Hauptabteilungsleiter mit 1600 Ostmark Gehalt gibt, dessen ganze Funktion darin besteht, seine hochbezahlten Mitarbeiter in der Umschriftung polnischer Fischkonserven-Etiketten zu unterweisen, obwohl er selbst nicht einmal ein Wort Polnisch versteht, dann kann man sich ungefähr vorstellen, was sich in verschiedenen Verwaltungsstellen abspielt.

Wohin mit den „Überflüssigen“?

Andererseits fehlen der SED in der Produktion Zehntausende fleißiger Hände. Denn wo drei Arbeiter einen Funktionär miternähren müssen, geht die beste Volkswirtschaft vor die Hunde. Und die sowjetzonale Volkswirtschaft rechnet gewiß nicht zu den besten. So geht man hin und vermittelt die „Überflüssigen“ jetzt in die VEB und auf die Ländlichen Produktionsgenossenschaften. Viele müssen innerhalb Monatsfrist ihre Amtsstuben und Wohnungen räumen, denn in den meisten Fällen ist der Arbeitsplatzwechsel mit einer Änderung des Wohnsitzes verbunden. Allein

in Ostberlin werden auf diese Art rund 6000 Wohnungen frei — vielleicht das einzig Positive an der ganzen Aktion.

Man kann nicht sagen, daß die Betriebsleiter und LPG-Sekretäre über die Neuankömmlinge begeistert sind. Wer einmal einen kommunistischen Beamtenessel drückte, ist für jede normale Produktionsarbeit verdorben. Dazu kommt, daß die meisten eine Beschäftigung zu gleichen Lohn- und Gehaltsbedingungen erwarten.

Die Anstifter bleiben

Das Schlimmste aber ist: Jene, die den Verwaltungs-Wasserkopf erst geschaffen haben, bleiben unangetastet auf ihren Posten. Die „Säuberung“ geht weitgehend nach politischen Gesichtspunkten vonstatten. Man entledigt sich jener Funktionäre, die nach der Polen- und Ungarn-Krise wankelmütig wurden und sich rückversichern wollten. Jene aber sind wiederum nicht maßgebend gewesen, als man aus 120-Mann-Ministerien kleine Verwaltungsstädte machte.

Wer gibt die Garantie, daß es in einem oder zwei Jahren nicht genau wieder so aussieht wie heute? Wer garantiert dafür, daß hier mehr vor sich geht als nur eine Funktionär-Umschichtung? Wir haben Ähnliches erlebt und müssen uns völlig darüber im klaren sein, daß auch das gegenwärtige Funktionärssterben in Ostberlin nur aus dem einzigen Grunde geschieht, weil Moskau eine derartige „Vereinfachung des Verwaltungsapparates“ vorexerzierte. Aber in Moskau brauchte man einfach Kräfte für die neubesiedelten sibirischen Gebiete. In der Sowjetzone dagegen sieht die Sache mehr nach einem Tuschenspielertrick aus, der kaum den Haushalt entlasten wird.

Beginn in Moskau

WG. In der bildhaften Sprache, die er liebt, hat Chruschow während seines Prager Besuches die letzte Säuberung des Kreml erläutert: Dort hätten sich, erklärte er, in der guten Herde rüüdige Schafe gezeigt. „Man hat sie — wie man so sagt — beim Schwanz gepackt und hinausgeworfen.“ Wer nun in dieser Herde eigentlich die Räude hat und wer nicht, das ist für den Außenstehenden schwer festzustellen. Die Diagnose stammt nämlich immer von dem Sieger des Machtkampfes, und die Verstoßenen sind stumm. Es ist deshalb nicht leicht, die volle Wahrheit zu erfahren. War das ein Kampf Gleichgerichteter um die Macht, nach dessen Austragung die sowjetische Politik auf der alten Linie weiterläuft? Oder handelt es sich um einen Entwicklungsprozeß, der — von einem noch dunklen Drang des russischen Volkes ausgelöst und getrieben — widerstrebende und verbrauchte Kräfte beseitigt, um Neues zu schaffen?

Spekulative Deutungen

In der Beurteilung dieser bedeutungsvollen Frage ist man sich in der westlichen Welt nicht ganz einig. Man war sich hier allerdings noch nie ganz einig, und das ist verständlich. Da nämlich die Wirklichkeit nicht mit absoluter Klarheit zu erfassen ist, bleiben wir auf spekulative Deutungen angewiesen, und dann gehen je nach Temperament die Meinungen auseinander. So haben zum Beispiel Eisenhower und Dulles vor einigen Tagen den Moskauer Vorgängen eine optimistische Deutung gegeben, insofern jedenfalls, als sie in der Sowjetunion politische Kräfte wirksam sehen, die nach einem Wechsel verlangen; sie sind sogar geneigt, einen solchen Wechsel von der weiteren Entwicklung zu erwarten und ihn mit geeigneten Mitteln auch zu fördern. In den europäischen Hauptstädten ist man im allgemeinen weniger optimistisch. Man möchte einen schönen Glauben zunächst durch einwandfreie Tatsachen stärker gestützt sehen. Die europäischen Regierungen und Staatsmänner,

die auf diese Weise ihre größere Zurückhaltung zeigen, werden deshalb von einer großen deutschen Zeitung getadelt, als ob sie nicht ganz auf der Höhe der Zeit stünden und bereits hinter den hoffnungsvollen Möglichkeiten der sowjetischen Politik zurückblieben. Es wird im Hinblick auf eine Einladung Schukows nach Washington warnend angedeutet, daß jene Möglichkeiten von den USA schließlich auch ohne und sogar gegen Europa in zweiseitigen Verhandlungen mit Moskau wahrgenommen werden könnten.

Chruschow: Hund und Stock

Hier werden offensichtlich die Unterschiede, die in der Beurteilung der sowjetischen Entwicklung zwischen Washington und den europäischen Regierungen gelegentlich bestehen, mit unverkennbarer Front gegen die Bundesregierung bedenklieh vergrößert und vergrößert. Dabei ist es eher nützlich, daß mit dem amerikanischen Optimismus die größere europäische Skepsis verbunden ist. Der Optimismus, so schön er ist, kann nämlich auch irren. Er hat einmal in verhängnisvoller Weise geirrt, als Präsident Roosevelt den Kriegsbündeten Stalin für einen demokratischen Tugendbold hielt. Daß dann schließlich auch die amerikanische Politik von dieser Vertrauensseligkeit bestimmt wurde, das hat sich für Europa und die USA selbst als ein kostspieliger Fehler erwiesen, für den wir alle heute noch zahlen. Aus ihm hat die amerikanische Politik zweifellos gelernt, sonst müßte man an ihr verzweifeln. Sie wird, wenn sie zu optimistischen Prognosen neigt, über die man nicht zu streiten braucht, mit Recht alles versuchen, um mit Moskau zu einem erträglichen Einvernehmen zu gelangen, auch in direktem Gespräch. Sie wird sich dabei aber der Grenzen bewußt bleiben und nicht noch einmal aus naivem Vertrauen Vorschufleistungen vollbringen und Abmachungen treffen, die der eigenen Sicherheit und der Sicherheit der freien Welt gefährlich werden können.

Die Gefahr, daß die amerikanische und die europäische Politik auf diese Weise ausein-

anderfallen könnte, liegt nicht sosehr in einem optimistischen Vertrauen Washingtons auf die sowjetische Entwicklung, als vielmehr in unserem eigenen europäischen Versagen, falls es sich in der einseitigen Abkehr von der gemeinsamen atlantischen Sicherheit äußern sollte. Hierüber müßte die SPD gründlicher als bisher nachdenken. Sie sollte ferner begreifen, daß der Stalinismus, wenn er wirklich zusammengebrochen ist und einer neuen sowjetischen Entwicklung Raum gibt, vor allem an der gemeinsamen Politik des Westens gescheitert ist. Wir sollten deshalb diese Politik nicht leichten Herzens aufgeben. Vielmehr sollten wir einer Empfehlung Chruschows folgen, der sich in Prag auf ein gutes russisches Sprichwort berief. Er sprach von den „amerikanischen Reichen“, die ruhelos und kriegslüster „auf ihren Goldsäcken sitzen“, und erklärte: „Deshalb wollen wir, wie man so sagt, auf Gott vertrauen, aber uns selbst helfen. Wenn du unter Hund und lebst, mußt du einen Stock bei dir haben.“

Zwischen Bonn und Moskau

Es wird gut sein, wenn wir die jetzt in Moskau beginnenden deutschen Verhandlungen mit der Sowjetunion von dem ganzen Ballast solcher spekulativen Deutungen und Werbungen der sowjetischen Politik freihalten. Hier ist nämlich, zum ersten Male seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, eine konkrete Verhandlungsaufgabe gestellt, der wir uns guten Willens unterziehen sollten. Das ist allerdings kein leichtes Unternehmen. Wir geraten nämlich mitten hinein in das Spannungsfeld der sowjetischen Propaganda, die uns im Falle eines Wohlverhaltens mit vagen Verheißungen lockt und uns für den Fall, daß wir entgegen den sowjetischen Interessen dieses täten und jenes unterließen, grob bedroht. Nun sind wir an einer Besserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen wahrhaftig interessiert, aber beileibe nicht um den Preis, daß wir in stiller Ergebenheit alle sowjetischen Wünsche erfüllen und selbst dabei leer ausgehen. Auch

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Nicht auf deutsche Kosten

Dulles erläutert Amerikas Pläne

Washington (AP). US-Außenminister Dulles hat in einer von Präsident Eisenhower gebilligten Erklärung nachdrücklich die Entschlossenheit der USA bekundet, „nichts zu tun, was die Sicherheit Westeuropas gefährden oder im Namen der Abrüstung den Anschein einer Sanktionierung der Teilung Deutschlands und der Unterdrückung menschlicher Freiheit und nationaler Unabhängigkeit erwecken könnte“. Abrüstungsmaßnahmen seien kein Ersatz für notwendige politische Regelungen.

Im einzelnen erläuterte Dulles die US-Vorschläge, die in London noch nicht in allen Einzelheiten unterbreitet worden sind, wie folgt:

Inspektionszonen: Die USA sind bereit, eine Inspektion ihres gesamten nordamerikanischen Gebietes zuzulassen, wenn die UdSSR ihrerseits einer Inspektion ihrer Gebiete zustimmt. Zunächst könnten aber auch begrenzte Inspektionszonen erwogen werden, die die Gebiete innerhalb des Polarkreises umfassen. Einer europäischen Inspektionszone stünden viele Schwierigkeiten im

Spekulation um Chrustschow

Kein Beitrag zur Wiedervereinigung

Bonn (AP). Der angekündigte Besuch Chrustschows und Bulganins in Ostberlin habe mit einem leider bestimmt nichts zu tun: Mit einer Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit, erklärt der CDU-Pressedienst. Fest stehe nur eine Tatsache: Sämtliche Erwägungen über die wahren Gründe der neuen Reise des sowjetischen Parteisekretärs und seines Ministerpräsidenten müßten zunächst mehr oder weniger Spekulationen bleiben.

Als mögliche Gründe für den Besuch der sowjetischen Führer in Pankow führt der CDU-Pressedienst an:

1. Er erfolgt auf Wunsch Ulbrichts, der angesichts der gegenwärtigen Krise in der SED und der Moskauer Säuberung seine eigene Position festigen wolle.

2. Chrustschow kommt aus eigenem Antrieb, um die gesäuberte Spitze der Sowjetunion nach Prag nun auch in Pankow zu repräsentieren.

3. Es soll während der deutsch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau erneut die

kommunistische These von der „Existenz zweier deutscher Staaten“ demonstriert werden.

4. Der Besuch soll Gelegenheit für den Versuch einer massiven propagandistischen Einmischung in den Wahlkampf der Bundesrepublik geben.

Zu den Erklärungen, daß es sich bei dem beabsichtigten Besuch Chrustschows und Bulganins in der Sowjetzone um eine propagandistische Einflußnahme auf die Bundestagswahl handeln könnte, erklärte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Mellies in Bonn, es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn wirklich eine solche Absicht bestehen sollte. Die Wahlentscheidung vom 15. September sei einzig und allein eine Angelegenheit des deutschen Volkes, auf die von außen her kein Einfluß genommen werden dürfe.

Wege, so daß es vorzuziehen sei, sich zunächst auf eine nördliche Zone zu einigen.

Kernwaffen: Die USA schlagen nicht vor, Kernwaffen abzuschaffen oder die Möglichkeit ihrer Anwendung auszuschalten, weil dies nicht mit Sicherheit gewährleistet werden kann. Sie regen vielmehr an, in drei Etappen die Verbreitung dieser Waffen zu verhindern und die Versuche für etwa zehn Monate einzustellen.

Raumraketen: Die USA sind bereit, bei der Ausarbeitung

eines Systems mitzuwirken, das gewährleistet, daß Geschosse und Raketen, die bis in den Weltraum vordringen können, ausschließlich für friedliche und wissenschaftliche Zwecke verwendet werden.

Reise mit Hindernissen

Pässe für „Jugendfestspiele“ gefordert

Helmstedt (AP). Der Bundespaßkontrolldienst im Bahnhof Helmstedt verweigerte den ersten Gruppen westdeutscher Jugendlichen, die nach ihren Angaben zu den kommunistischen Weltjugendfestspielen nach Moskau fahren wollten, die Ausreise aus der Bundesrepublik. Als Begründung wurde angegeben, die Jugendlichen seien nicht im Besitze gültiger Reisepässe gewesen.

Demgegenüber beriefen sich

die Jugendlichen auf die Möglichkeit, nur unter Vorlage des Personalausweises nach Berlin zu fahren. Die Jugendlichen wollten von Berlin aus in Sammeltransporten nach Moskau weiterreisen. Da sie sich weigerten, in ihre Heimatorte zurückzukehren, wird mit dem Versuch, die Zonengrenze illegal zu überschreiten, gerechnet. Die westdeutschen Kontrollorgane wurden entsprechend informiert.

Spionagefall in Bonn

Diplomaten-Gespräche vom SSD abgehört

Bonn (DPA). Monatlang haben Agenten des Sowjetzonen-Ministeriums für Staatssicherheit in einer Godesberger Hotel-pension vertrauliche Gespräche ausländischer Diplomaten mit Geheim-Mikrofonen abgehört. Dies wurde in Bonn durch die Verhaftung der 63jährigen Pensionsinhaberin bekannt. Sie hat ein Verfahren vor dem Obersten Bundesgericht wegen landes-verräterischer Beziehungen zu erwarten.

Wie die bisherigen Ermittlungen ergaben, soll sich die weiß-haarige Witwe, die seit drei Jahren die Hotelpension im Diplomatenviertel von Godesberg-Mehlem leitet, in wirtschaft-lichen Schwierigkeiten befunden haben. Bei einem Besuch in Ostberlin soll sie sich schriftlich zur Agentenarbeit für das Pankower Ministerium für Staatssicherheit verpflichtet haben, wo sie unter einem ausländisch klingenden Decknamen ge-führt wurde.

Sie bekam den Auftrag, dar-über zu berichten, wer in ihrer Pension absteigt und wer von ihren Gästen für eine beson-dere Beobachtung durch das MFS in Frage kommt. Ferner soll die Frau, so ergaben die Ermittlungen, den Auftrag er-halten haben, im Bonn-Godes-berger Raum Hotels und Pen-sionen ausfindig zu machen, in denen eventuell die Anmelde-vorschriften großzügig gehand-habt werden und die damit für die Unterbringung von Agenten in Frage kämen, sowie Pen-sionen in schlechter finanzieller Situation, die zum Ankauf durch Strohänner geeignet ge-wesen wären. Ihre Berichte soll die Witwe teils persönlich in einer Ostberliner Wohnung ab-gegeben — wo sie auch ihre Honorare erhielt, die mit der

Zeit immer geringer wurden —, teils schriftlich an eine Ber-liner Deckadresse gesandt haben.

Londoner Barometer gestiegen

Lloyd schlägt Arbeitsgruppen vor

London (AP). Die Londoner Abrüstungsverhandlungen haben eine hoffnungsvollere Wende genommen. Den Ausschlag gab ein Vorschlag Großbritanniens, für alle Gebiete, auf denen Ost und West sich einem Überein-kommen genähert haben, Arbeitsgruppen zur Festlegung der endgültigen Entwürfe für ein Teilabrüstungsabkommen zu bilden. Der sowjetische De-legierte Sorin, der bisher die Bildung von Arbeitsgruppen als Zeitverschwendung abge-

lehnt hatte, erklärte diesmal, er wolle sich diesen Vorschlag überlegen und später darauf antworten. Im Konferenzsaal herrschte danach allgemein ein Empfinden, daß die Arbeit nach einem längeren Stillstand wieder vorangehe.

In amerikanischen Konferenz-kreisen wurde die Tatsache, daß Sorin nicht erneut mit „Nein“ antwortete, als weiterer Beweis dafür gewertet, daß die Abrüstungskonferenz besser vorangehe. Von britischer Seite scheint auch — zumindest gegenwärtig — der Gedanke fallengelassen worden zu sein, daß die Abrüstungskonferenz zu dem ursprünglich festgelegten Zeitpunkt am 1. August beendet werden soll. Einige amerika-nische Beamte sagten am Mit-woch voraus, daß sie bis in den September hinein andauern werde.

Prag liefert Syrien Waffen

Kairo (AP). Der syrische Ver-teidigungsminister Azem ist nach Mitteilung arabischer dip-lomatischer Kreise in Kairo auf dem Weg nach Prag und Moskau, um dort eine Verein-barung über die Lieferung tschechischer Waffen an Syrien perfekt zu machen. Syrien hat bereits vor einiger Zeit tsche-chische Waffen erhalten.

Warschau: Mit ganz Deutschland

Gomulka: „Kein Zurück in die Vergangenheit!“

Moskau (AP/DPA). Der pol-nische Verteidigungsminister Spychalski hat in einer Rede zum polnischen Nationalfeier-tag die Hoffnung auf eine Ver-besserung der Beziehungen zwischen Polen und der Bun-desrepublik ausgesprochen. Sein Land wünsche neben seinem Bündnis mit der Sowjetzone Freundschaft mit dem ganzen deutschen Volk, sagte Spychalski; solange aber eine Ge-fahr für Polens Grenzen durch „deutsche Militaristen“ bestehe, habe die polnische Armee nicht das Recht, in ihrer Wachsam-keit und in ihrer Bereitschaft zur Verteidigung Polens nach-zulassen.

Spychalski sprach auf einer Militärparade in Posen, zu der außer Gomulka auch Minister-präsident Cyrankiewicz und Staatspräsident Zawadski er-schienen waren. Bei heftigem Regen zogen eine Stunde lang Einheiten aller polnischen Trup-penteile an der Ehrentribüne vorüber.

In Warschau hatte Partei-sekretär Gomulka versichert, daß es für Polen kein Zurück in die Vergangenheit gebe. Man könne das Rad der Ge-schichte nicht zurückdrehen, und Polen werde auf dem Weg zum Sozialismus nicht halt-machen.

So sind sie wirklich:

„Wir können ja gar nicht mitreden . . .!“

Es ist heute sehr schwer, in der Kulturbund-Zeitung „Sonntag“ eine offene Feder zu führen. Durch drei Redaktions-Säuberungen und die Verhaftung namhafter Mitarbeiter gewitzigt, geben die Redakteure auch den bekanntesten SED-Literaten nur ungenen Platz für ein freies Wort. Um so erstaunter war man in interessierten Kreisen über einen Bericht des ehemaligen „Sonntag“-Feuilletonisten Wolfgang Joho, der über die Reise einer Acht-Mann-Delegation des sowjetischen Schriftstellerverbandes in die Sowjetunion berichtete. Joho erklärte offen, man habe mit den Moskauer Schriftstellern über das Wetter und den Kaviar diskutieren können, aber nicht über neue deutsche Literatur. Denn: Die Moskauer hätten sich über das westdeutsche Buchschaffen recht gut orientiert gezeigt, die SED-Literaten aber wären zum ersten Male mit Titeln in Berührung gekommen, die zwar in Westberlin in jeder Buchhandlung erhältlich, ihnen jedoch nie zu Gesicht gekommen seien.

Abseits von der Welt

Das war ein hartes, böses Eingeständnis. Joho zitierte Remarques „Zeit zu leben, Zeit zu sterben“, über das man — obwohl es sich um ein namhaftes antifaschistisches Werk handele — einfach nicht habe diskutieren können, weil es niemand von den Ostberlinern kannte. Ähnlich sei es mit fast allen Büchern gewesen. Die Sowjetschriftsteller hätten nur noch mit den Köpfen geschüttelt darüber. Wenn man weiß, daß Johannes R. Bechers Ministerium für Kultur gerade jetzt im Mittelpunkt heftiger Angriffe steht, daß man auch in der Zonenliteratur das „Ehrenburgsche Tauwetter“ fordert, dann gewinnt der Angriff Wolfgang Johos Bedeutung. Man weiß aber auch, daß dieser Mann Anspruch auf einen Posten als führender Literaturkritiker erhebt, den ihm nur

WOLFGANG JOHO



noch Kultusminister Becher streitig macht. Der ihn dorthin verbannte, wo er heute als „freier Schriftsteller“ sitzt: Nach Kleinmachnow bei Berlin, auf einer winzigen Dichterkolktische, die nur zu gewissen Zeiten zum Treffpunkt literarischer „Verschwörer“ wird...

Abseits von der Welt lebt Wolfgang Joho, aber er möchte nicht abseits von ihr schreiben. Und diesem Mühen gilt sein gegenwärtiger Kampf gegen das Kultusministerium der SED, für den er sich sogar den „Sonntag“ zu verpflichten vermochte.

Von „links“ in die Partei

Joho rechnete in der Partei lange zu den verpönten „Linken“, das heißt, zu jenen, die Stalins Kollaboration mit den Nazis verurteilten und während der Weimarer Zeit die linksintellektuellen Zirkel der Partei leiteten. Geboren am 6. März 1909 in Karlsruhe, besuchte er als Sohn eines Redakteurs das humanistische Gymnasium, studierte von 1926—1931 Naturwissenschaften in Freiburg und Geschichte in Heidelberg und kam schließlich als Student nach Berlin. Hier wurde er Mitglied des Studentenbundes Revolutionärer Sozialisten, einer verurteilten Gruppierung. 1929

kam er in die Kommunistische Partei, 1931 promovierte er in Heidelberg.

Bis 1935 vermochte sich Wolfgang Joho, ein überaus hellhöriger und empfindsamer Intellektueller, als Redaktionsmitarbeiter und späterer Feuilletonredakteur in Stuttgart und Berlin zu halten. 1936/37 kämpfte er als freier Journalist für seine Idee, wurde veremtet und schließlich nirgends mehr gedruckt. Im Juni 1937 von der Berliner Gestapo verhaftet, wurde Joho nach zweimonatiger Schutzhaft wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Im Zuchthaus Luckau und den berüchtigten Elmsmoor-Lagern verbrachte er diese Zeit, um sich dann als kaufmännischer Angestellter sein Brot zu verdienen. 1944 geriet er als Angehöriger des Strafbataillons 999 auf Rhodos in britische Kriegsgefangenschaft, wurde in Ägypten und England interniert und ging sofort nach seiner Heimkehr 1947 zum „Sonntag“, in dessen Redaktion er eine linksintellektuelle und nicht immer bequeme Linie vertrat. So erfolgte 1954 seine Entlassung, die ihn zum Schreiben einiger Bücher und Novellen verpflichtete, die seiner nicht mehr würdig waren.

Tauwetter in Polen

Dafür war Joho der erste, der nach dem Oktoberumsturz versuchte, mit den polnischen Schriftstellern Kontakt zu nehmen. Man versuchte ihn zu korrumpieren, indem man ihm jener Schriftstellerdelegation zugesellte, die in Moskau ideologisch aufgemöbelt werden sollte. Es war eine Beförderung, in der jedermann die Rückkehr zu offiziellen Funktionen witterte. Seine erste Artikelserie über diese Reise war für jene, die ihm die Fahrkarte gaben, nicht ermutigend. So bleibt nur abzuwarten, ob Joho weiter der künstlerischen Wahrheit dienen wird oder ob er — wie schon einmal 1954 — vor den Stalinisten kapituliert.

Die schweigende Revolte

Die Rebellen weigern sich, zu widerrufen

Viel Furore machte in diesen Tagen der Fall des SED-Professors Dr. Fritz Behrens, der sich zum vierten Male geweigert hat, seine Verurteilung der Ulbrichtschen Wirtschaftspolitik zu widerrufen. Zum ersten Male in der Geschichte des Kommunismus erleben wir damit an dem Beispiel dieses und anderer Professoren, daß Rebellen gegen die Parteidoktrin ihre andersgearteten Standpunkte nicht nur verteidigen, sondern auch nach deren Verdammung mit dialektisch geschultem Intellekt durchzusetzen versuchen. Stalin brachte seine ärgsten Gegner dazu, sich in öffentlichen Gerichtsverhandlungen selbst als „nichtswürdige Verbrecher und erbärmliche Kreaturen“ auszugeben. Chruschtschow zwingt nicht einmal einen Malenkov zum Widerruf. Ulbricht aber scheint in diesen Dingen völlig hilflos zu sein.

Seit Stalins Tod scheinen ihm und anderen Stalinisten die Möglichkeit und Fähigkeit abhandengekommen zu sein, politische Gegner zu derartigen Schaustellungen zu zwingen. Zwar haben die deutschen Kommunisten dies seit jeher nur unvollkommen gekonnt. Sie ließen ihre „Abweichler“ und „Revisionisten“ kurzerhand verschwinden und präsentierten den Hinterbliebenen höchstens ein Kommuniké.

Der letzte derartige Fall war der des Staatssicherheitsministers Zaisser. Heute ist auch das vorbei. In der Ideologie wird mit Handschuhen gekämpft. Nicht etwa aus politischer Fairneß oder Vernunft, sondern ganz einfach, um die vielen schweigenden Revolten nicht in den offenen Aufstand umschlagen zu lassen.

Harich-Bloch-Behrens

Nur so erklärt sich jene merkwürdige Situation, daß ein Ostberliner Nationalökonom ganz offen gegen Ulbricht auftritt, und die Partei ist nicht imstande, ihn einfach durch ein SSD-Kommando aus seinem wissenschaftlichen Institut entfernen zu lassen. Der Fall Harich war hier der vorerst letzte Gewaltakt, wenn auch bereits mit ungewöhnlichen Methoden: Es war der erste offizielle Prozeß gegen einen abtrünnigen SED-Funktionär. Leipzigs Philosophie-Professor Dr. Bloch, von weitaus größerem menschlichen Format, blieb unangestastet, obwohl er bis heute seine Thesen wiederholt. Man diffamierte und maßregelte ihn, vermochte ihn jedoch nicht einfach zu beseitigen.

Der SED-Landwirtschafts-Experte Vieweg vermochte die gesamte Akademie für Landwirtschaftswissenschaften durcheinanderzuwirbeln, ehe er vor Ulbricht nach dem Westen flüchtete.

Die Professoren Dr. Behrens und Dr. Benary, beide von dem für die Partei so bedeutsamen Institut für Wirtschaftswissenschaften bei der Ostberliner Akademie, haben bis heute nicht an eine Kapitulation gedacht. Namentlich Behrens hat in messerscharfer Logik die verhängnisvolle Wirtschaftspolitik Ulbrichts entlarvt und ein vielbeachtetes Liberalisierungsprogramm für die Zone aufge-

Ulbricht hat den gesamten Parteiapparat gegen diese ideologischen Rebellen in Bewegung gesetzt, aber — nicht mehr den sonst für derartige Fälle zuständigen Staatssicherheitsdienst! „Wir dürfen diesen Leuten keine Plattform geben!“ beschwor der SED-Sekretär die Chefredakteure der Zeitungen und die Rektoren der Universitäten. Kein SED-Blatt wird heute noch eine Stellungnahme Blochs oder Behrens' drucken. Als letzterer die Redaktion des „Neuen Deutschland“ unlängst um Platz für eine Erwiderung auf einen unqualifizierten Angriff bat, wurde ihm dieser höflich, aber unmißverständlich verweigert. An den Hochschulen und Instituten treten beflissene SED-Assistenten auf, um in Treuerklärungen an Ulbricht die „Revisionisten“ zu verdammnen. Der „Revisionismus“ ist über Nacht zum Modewort ge-

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwach wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

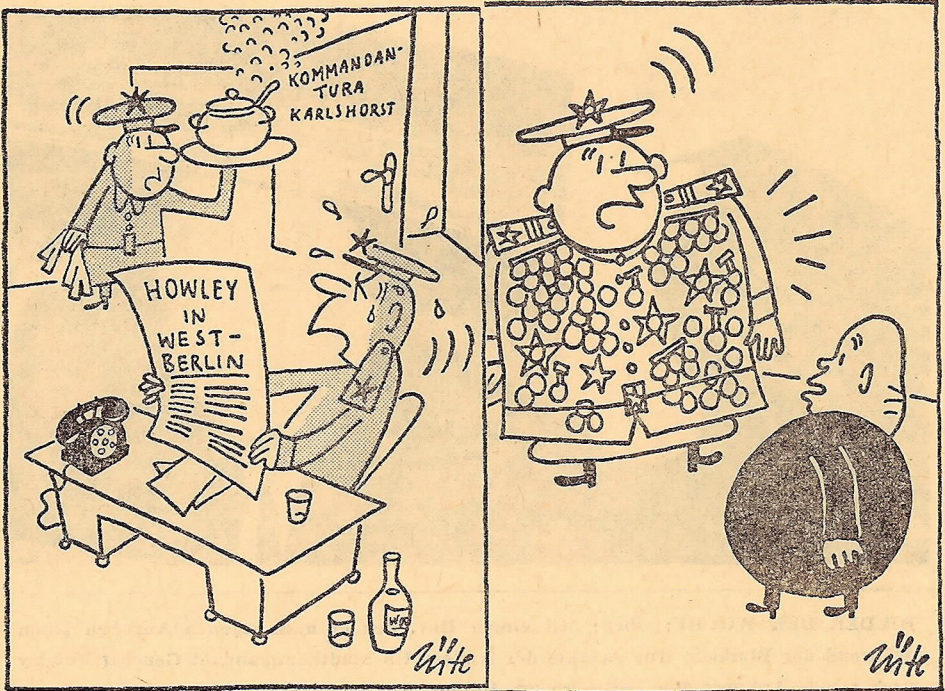
Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.

stell. Die SED hat Behrens — wie erst später bekannt wurde — eine hohe Regierungsfunktion angeboten, wenn er seine Theorien widerrufen würde. Er hätte als „Berater beim Büro des Ministerpräsidenten“ und im „Wirtschaftsrat der DDR“ eine maßgebliche Stellung bekleiden können. Behrens lehnte ab. Was aber machte die SED?

„Gebt ihnen keine Plattform“

worden. Alle, die die Fehler der letzten Jahre revidiert wissen möchten, gehören zu dieser Kategorie. Aber ist dann nicht Chruschtschow selbst der größte Revisionist? Hat nicht gerade er die Fehler von gestern beim Namen genannt, ungeachtet dessen, ob er sie tatsächlich beseitigen wird?

Es scheint, die Partei-Intelligenzler und Wissenschaftler warten auf eine gültigere Klärung des Begriffes „Revisionist“. Ihr Weizen keimt erst, bis zur Reife schweigen sie gern. Bis dahin aber überlassen sie das Feld jener erschreckenden Mittelmaßigkeit, die jetzt das wissenschaftliche Zepter in der Zone hochhalten möchte. Wehe aber, wenn die Schweiger eines Tages mit Erlaubnis aus Moskau sprechen dürfen. Stalins Gegner können nicht mehr reden, Ulbrichts Gegner warten . . .



„Raus! Mir ist der Appetit vergangen!“

Schukow: „Ich wäre in Amerika bestimmt nicht zu übersehen, Nikita!“

Beginn in Moskau

Fortsetzung von Seite 2

die deutsch-sowjetischen Beziehungen gedeihen nur unter dem Gesetz der Gegenseitigkeit, unter dem Gesetz des Gebens und Nehmens.

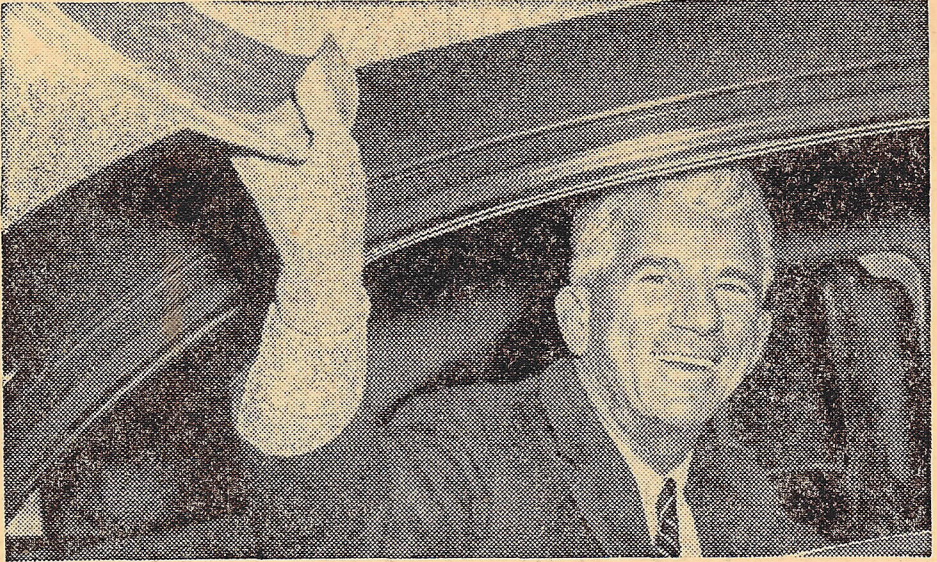
Vieles ist auf dieser einzig gültigen Basis internationalen politischen Verkehrs auch zwischen Bonn und Moskau möglich. Man wird über die einzelnen Punkte sprechen, aber vor allem kommt es darauf an, daß im Zuge der kommenden Verhandlungen einiges geschieht, um ein größeres gegenseitiges Vertrauen zu begründen und mit ihm die ganze Atmosphäre der diplomatischen Beziehungen zu verbessern. Dazu ist es erforderlich, daß dem Entgegenkommen, das Moskau in den wirtschaftlichen Fragen von uns

erwartet, die sowjetische Haltung in der für uns menschlich so wichtigen Frage der Rückführung deutscher Staatsangehöriger entspricht. Eigentlich gehört die Lösung dieser Frage, die in humaner Sicht so einfach ist, noch zu den Ausräumungsarbeiten in dem politischen Gelände, in dem sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen entfalten sollen. Sie ist noch eine Vorfrage, die eine anständige, eine menschliche Lösung finden muß, wenn der sowjetische Wunsch nach besseren Beziehungen zur Bundesrepublik überhaupt glaubhaft sein soll. In Moskau, wenn die Verhandlungen in Gang gekommen sind, wird also über einiges mehr entschieden werden als nur über die Punkte der vereinbarten Tagesordnung.

Moskau sperrt Wladiwostok

London (AP/DPA). Die Sowjetunion hat die Gewässer vor ihrem Fernosthafen Wladiwostok praktisch für alle ausländischen Schiffe und für den ausländischen Luftverkehr gesperrt. Auf Beschluß des Ministerrates wurde die Grenze der sowjetischen Hoheitsgewässer auf eine Linie ausgedehnt, die von der sowjetisch-nordkoreanischen Grenze bis 180 km ostwärts zum Kap Poworotnik reicht.

Nach Ansicht politischer Beobachter in London bestätigt der sowjetische Beschluß, daß in dem Gebiet von Wladiwostok wichtige militärische Anlagen existieren, die das Überfliegen des Gebietes durch fremde Flugzeuge unerwünscht erscheinen lassen.



BILDER DER WOCHE: Oben: Mit einem Hut, den er nach eigenen Angaben schon während der Blockade trug, winkte der frühere US-Stadtkommandant General Howley nach seiner Ankunft den Berlinern zu. Unten: Auf lange Verhandlungen hat sich die deutsche Delegation eingerichtet, die jetzt in Moskau ihre Gespräche begonnen hat.

